

HH-Rede Stadtrat Soltau am 23.11.2023

=====

Der HH der Stadt Soltau entspricht mit seinen Defiziten dem allgemeinen Trend zunehmender Verschuldung und Finanzknappheit durch gravierende Politikfehler, die auf höherer Ebene begangen werden und auf die wir auf Lokalebene nun reagieren müssen. Die übliche Reaktion darauf ist nun, Steuern für die Bürger zu erhöhen, die selbst jetzt schon auf vielfältige Weise von Wohlstandsverlusten betroffen sind.

Um nicht unter die strengen HH-Konsolidierungsmaßnahmen zu geraten und entsprechend handlungsfähig zu

bleiben, ist dies sicherlich im gewissen Umfang notwendig. Allerdings sollten wir auch selbst sehr akribisch auf unsere Ausgabeseite schauen.

Auch konnten wir keine Überschussrücklage aufbauen und somit wie z.B. zuletzt die Gemeinde Wietzendorf eine dringend erforderliche Erhöhung der Realsteuern erstmal aussetzen.

Für die Finanzierung der uns von oben aufgebürdeten Ausgaben, müssen wir auch eine entsprechende

Unterstützung von den übergeordneten Stellen erhalten und auch verstärkt fordern, beispielhaft hier genannt die Kitas, Schulen und die Unterbringung von Flüchtlingen. Meine Frage in der

letzten Sitzung im Sozialausschuss zu der letztgenannten Position hinsichtlich Unterkunft bzw. Migrationskosten, hat der BGM m.E. viel zu positiv bewertet. Die in der sogenannten Flüchtlingskonferenz im Kanzleramt erreichte kommunale Unterstützung von 7.500 Euro pro Flüchtling ist absolut nicht ausreichend, sie muss doppelt, wenn nicht sogar dreifach so hoch sein (wurde z.B. sogar von dem grünen OB in Hannover gefordert). Gelingen kann grundsätzlich eine Wende in der Migrationskrise aber nur, wenn man sich nicht in Einzelmaßnahmen verzettelt. Sie muss mehr vom Willen getragen sein, Asyl-, Aufenthalts- und

Staatsbürgerrecht, Sozialstaat, Rechtssystem Verwaltungs- und Sicherheitsapparate grundlegend zu reformieren und dabei Migrationslobby und Sozialindustrie zu entmachten. Ob diese Aufgabe mit dem verfügbaren politischen Personal überhaupt zu bewerkstelligen ist, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Kritik muss ich auch der Landkreispolitik aussprechen. Mit der m.E. nicht richtigen Standortentscheidung Krankenhausneubau hadere ich immer noch, was zuletzt noch durch die IGS-Entscheidung z. G. der 2 dicht nebeneinanderliegenden Standorte Fallingbommel und Walsrode verstärkt

wird. Dies beides spricht zukünftig weniger für einen Wohn- und Gewerbestandort Soltau. Im Hinblick auf den Neubau unseres HKK bereitet mir auch die jetzt aufgrund finanzieller und personeller Probleme erfolgte Schließung des Krankenhauses in Holzminden Probleme. Eine sorgenvolle Entwicklung. Ob es bei der angekündigten höheren Kreisumlage von 3 % bleibt oder evtl. noch mehr kommt, muss man bei einem auf Sicht fahrenden Landrat vorsichtig betrachten. 1 % Erhöhung entspricht schätzungsweise rd. TEUR 300 für Soltau, bei den vorgesehenen 3 % fehlt bestimmt nicht viel an 1 Mio. Euro

zusätzlichen Aufwand. Keine rosigen Aussichten in diesen schwierigen Zeiten. Bei diesen Summen können wir gegenüber dem Landkreis aber selbstbewusst auftreten und auch klar unsere Forderungen herausstellen, um nicht als Verlierer dazustehen.

Konnten wir im HH-Jahr 2022 noch ohne Belastungen aus dem Vorjahr starten, wird das zukünftig wohl anders aussehen. Der Liquiditätskredit, der sogenannte Dispokredit einer Kommune, wird voraussichtlich wohl zu einer dauerhaften Einrichtung werden.

Aber es hilft ja bekanntlich nicht, den Kopf in den Sand zu stecken, wir

müssen vorsichtig agieren und auch auf wieder bessere Zeiten hoffen.

Wichtig ist, dass wir eine Senkung der Hebesätze der Realsteuern im Auge behalten und auch senken, wenn hier eine Reduzierung irgendwie möglich ist.

Mehr Anstrengung ist gefragt, nicht weniger. Wir müssen von der bei der SPD bestehende Mär vom gestutzten Sozialstaat bei einer immer weiter ausufernden Sozialstaatsquote herunterkommen.

Ein Lob muss ich Bürgermeister Klang und der Verwaltung für die immer sehr konstruktiven Analysen, Vorlagen sowie informativen Diskussionen bei dem schwierigen HH aussprechen. Wir sind

mit der Genehmigung des schwierigen HH, der insbesondere auch durch uns übertragene Aufgaben der übergeordneten Stellen verursacht wird, unter großen Bedenken einverstanden. Vielen Dank.

Bernhard Schielke

Vorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion